

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgehalte 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 27

Duisburg, den 3. Juli 1926

27. Jahrgang

Ursachen und Wirkungen in der deutschen Grobbleisenindustrie

Dr. Walter K ü p p e r.

Der nachkriegszeitlichen Entwicklung der deutschen Grobbleisenindustrie ist durch verschiedene, die Grundvoraussetzungen ihres Aufstiegs entscheidend beeinflussende Momente eine Schranke gezogen worden. Mit dem Ausbruch des Krieges trat die deutsche Grobbleisenindustrie mit 19 312 000 Tonnen Robbleisenproduktion vom Weltmarkt zurück und findet sich nach über zehnjähriger Stagnation einer Depression gegenüber, welche sie bis in ihre Grundfesten erschüttert. Die Robbleisenerzeugung fiel von (1000 Tonnen) 19 312 T. im Jahre 1913 auf 10 177 T. im Jahre 1925, die Robbleisenerzeugung von (1000 T.) 18 330 T. auf 11 840 T., die Robbleisen- und Robbleisenausfuhr von 856 000 T. und 701 000 T. auf 223 000 und 108 000 T. im gleichen Zeitraum, während die Robbleiseinfuhr von 126 000 T. auf 208 000 Tonnen anstieg. Diesen Tatsachen entspricht ein Produktionsentfall auf den Kopf der Bevölkerung bei 67,2 Mill. Einwohner im Jahre 1913 von 287 Kg. Robbleisen und 273 Kg. R.-Stahl gegen 143 Kg. Robbleisen und 190 Kg. R.-Stahl im Jahre 1925 bei 62,5 Mill. Einwohnern. — Worin liegen aber die Ursachen zu einem derartigen Abstieg?

Kritisch betrachtet lassen sich in diesen Ursachenverknüpfungen 3 Gruppen unterscheiden, die wir als industriewirtschaftliche, volkswirtschaftliche und weltwirtschaftliche Einwirkungen charakterisieren wollen.

Die industriewirtschaftlichen Einwirkungen

Liegen bei der Industrie selbst. Es sind dies — schlagmäßig ausgedrückt —: Die Ueberwindung der kriegszeitlichen Stagnation in der arbeitstechnischen und -methodischen Entwicklung der Werke. Die Veränderungen in der inneren Konstellation der Industrie auf Grund der Abtretung Elsaß-Lothringens, des Ausfalls des Saargebietes und teilweise Oberschlesiens. Die Einbuße der Unternehmungen im Mittelwest, welche den inneren Zusammenhang einer Mehrzahl rhein-westf. Werke entscheidend auseinanderriß. Die Umstellung auf den Achtstundentag. Inflationsdämpfung und Zusammenbrechen der Kapitalreserven. Die Aufnahmenotwendigkeit teurer Auslandskredite und endlich die Störung des Gleichgewichtes zwischen vermehrten Produktionskosten — Abgabenbelastung und Weltmarktpreisen. —

An zweiter Stelle sind es

volkswirtschaftliche Einwirkungen:

Die Verzinsung und Amortisation des Krieges durch Belastung der Produktionskräfte der Wirtschaft entsprechend ihrem Anteil an der Volkswirtschaft. Die infolge eines verlorenen Krieges in der Geschichte regelmäßig eintretende Wirtschaftsdepression und Schwächung der Kaufkraft des Inlandmarktes. Die Inflation und Verarmung der Volkswirtschaft, verbunden mit dem Verlust des früher der Industrie zuströmenden Kleinkapitals. Die Deflation und die sie begleitende Herabminderung der Kreditbasis. Die durch die fortschreitende Depression hervorgerufene Einschränkung in der Vergabe großer Aufträge, das Darniederliegen des Baumarktes usw. Die nach der Stabilisierung eingetretene Verschuldung und daraus resultierende Unfähigkeit der Landwirtschaft als Großabnehmer aufzutreten. Das Mißverhältnis zwischen: Gebietsverlust — landw. Produktivkraft — Bevölkerungszuwachs — industrieller Niedergang — sinkender Kaufkraft und der Ernährung der Volkswirtschaft. Und schließlich: Das vermehrte Auftreten der Produkte fremder Volkswirtschaften auf dem Inlandmarkt. — Zum dritten sind es

weltwirtschaftliche Einwirkungen:

Die zehnjährige technisch-wirtschaftliche Entwicklung der amerikanischen und englischen Industrien und die beginnende Emanzipation des Ostens, vielleicht auch Polens und der Tschechoslowakei. Die erfolgte Neuverteilung der Weltabgabebiete fast unter Ausschluß der deutschen Industrie. Der Ausfall bedeutender Abgabebiete: Rußland, Frankreich... Die niedergehende französische Wäluuta und der französische Industriedumping, verbunden mit einer bedeutenden Steigerung der französischen Produktion und der Flucht in die Sachwerte alias Unternehmungsvergrößerung und Fortbildung. Endlich kann die überragende Vormachtstellung Amerikas als Weltkreditgeber nicht übersehen werden. — Allein in der Zusammenwirkung und Wechselwirkung aller angeführten Tatsachen ist die Ursachenverknüpfung zu dem Niedergang der Industrie zu suchen, aus dem heraus die besten Kräfte unserer Zeit einen Ausweg zu finden streben. Die Mannigfaltigkeit zeigt aber auch, wie schwer es sein wird, diesen Weg zu finden. Und dennoch scheint eine Möglichkeit vorhanden zu sein.

Eschen wir aus von

Wirkungen der neuen Situation

auf die Industrie. Es ist eine Tatsache, daß jeder von außen gestörte

Organismus die Eigenschaft besitzt, neben der direkten Reaktion — wie sie der Niedergang darstellt — langsam aus sich heraus eine organische Gegenkraft zu entwickeln. Eine solche Erscheinung ist in der Grobbleisenindustrie unverkennbar festzustellen. Die progressive Entwicklung der Produktionsstatistik bei fortschreitender Allgemeindepression verleiht dieser Behauptung die Berechtigung. Es stieg die Robbleisenproduktion pro Kopf der Bevölkerung in den Jahren 1920—21—24 von Kg.: 103 — 126 — 124 auf 163 im Jahre 1925 (circa 59 Proz. von 1913 = 287 Kg.). Worin sind aber die Kräfte zu suchen?

Ein Charakteristikum der Wirtschaft ist ihre Planlosigkeit. Die wirtschaftliche Planlosigkeit führte zu der furchtbaren Krise im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts und brachte, nachdem eine Vielzahl von Werken zusammengebrochen und die aus dem Konkurrenzkampf siegreich hervorgegangenen Unternehmungen selbst bis zur Erschöpfung geschwächt waren, die Erkenntnis hervor, an die Stelle wilder Konkurrenz Wirtschaftsvereinbarungen treten zu lassen. Der Erfolg war die Tendenz zur Kartellgründung des Ausgangs der 90er Jahre. Hier trat also, ganz aus sich selbst heraus, die Reaktion auf die Planlosigkeit ein — die ersten Anfänge des Planwirtschaftsgebildens.

Die Folgezeit industrieller Hochkonjunktur steht im Zeichen der Kartellwirtschaft. Erst in der Nachkriegszeit tritt hier eine Aenderung ein:

Neben die Kartelle traten die Konzerne.

Mit dieser weitreichenden Gliederung erfährt der Plan den Gedanken eine wertvolle Weiterentwicklung. Stellen die Kartelle lediglich eine horizontale Zusammenfassung auf der Basis der Unternehmungen einer Produktionsstufe dar, so entwickelt sich hier die Basis selbst. Gruppenweise erweitern sich die großen Einzelunternehmungen durch Angliederung in horizontaler und vertikaler Richtung zu einzelnen mächtigen Wirtschaftsgängen, deren Spitzen nun die Kartelle tragen. Abermals ist es also der Gedanke der Planwirtschaft, welcher eine neue Entwicklung einleitet. Es ist die innerorganische Reaktion der Industrie auf die nachkriegszeitlichen Ursachenverknüpfungen. Die Entwicklung ist weiter gegangen. Das Problem Planwirtschaft ist autoritativ in den Vordergrund getreten. Das Zustandekommen der „Vereinigten Stahlwerke“ ist die klare Erkennung dieser Notwendigkeit. Der konservative Geist und die typische Eigenbrödelei innerhalb der Industrie werden der Ueberwindung bedürfen, ehe die großindustrielle Planwirtschaft sich soweit durchzusetzen vermag, wie die Zeit es fordert, aber es wird auch hier die Zeit zwangsläufig kommen, wo die Annahme, allein durch Lohnabbau und Entlassungen zur Gesundung zu gelangen, abgelöst wird von der Erkenntnis der Notwendigkeit der Planwirtschaft. Das hat das Beispiel der 90er Jahre gelehrt.

Die Verbilligung und Steigerung der Produktion durch Planwirtschaft, das heißt:

durch Zusammenfluß zu großen, selbständigen Wirtschaftseinheiten

mit weitmöglichster Ausschaltung aller die Produktion unnötig belastenden Kosten auf dem Wege planmäßiger Organisation der Produktion in Richtung der bestgeeignetsten Plätze mit zentralisierter Verwaltung usw. — das wird der Weg sein, die ausländische Vormachtstellung einzuholen und so der Konkurrenz auf dem Inlandmarkt standzuhalten. Das wird die Möglichkeit haben, in jene Abgabebiete, kraft besseren und billigeren Erzeugungsfähigkeit, einzubringen, welche dank der Planlosigkeit der Weltwirtschaft offen geblieben sind. In diesgearteten Organisationen kann auch die einzelne Produktionsstufe systematisch auf die andere eingestellt werden, kann der Bezug der für die Verfeinerungsbetriebe notwendigen Fabrikate gesichert und der Zwischenfabrikation von unten her eine ausreichende Kohlen- und Erzabfuhr — nach oben ein reibungsloser Absatz ermöglicht werden. Durch räumliche Zusammenfassung kann das Zusammenarbeiten vereinfacht und verbilligt werden, durch die Angliederung der Stufen die kostspielige Lagerhaltung des Betriebsmaterials in Fortfall kommen, die Verteuerung des Zwischenhandels vermieden werden. Nichtig organisiert und geleitet müssen derartige Konzerne besser und ergiebiger produzieren, als die isolierten Betriebe.

Der ganzen Industrie wird die Aufgabe zufallen, diesen Weg zu vollenden. Dann hat die Industrie das ihrige getan, die Finanzpolitik des Reiches und die Arbeiterschaft haben dann zu erweisen, ob auch sie den Weg zur Erstarbung mitzugehen imstande sind. Nur so wird es möglich sein, der geschwächten Kaufkraft des inneren Marktes gerecht zu werden, und aus verkleinerten, aber innerlich gesunden Anfängen heraus eine neue Entwicklungsära einzuleiten und der Tatsache gerecht zu werden, daß wir letzten Endes einen Krieg nicht nur amortisieren, sondern auch überwinden müssen, und daß gesteigerte Anforderungen auch gesteigerte Leistungen erfordern.

Werbearbeit für den Verband

Vielfach begegnet man der Auffassung, daß erfolgreiche Werbearbeit infolge der Krise fast unmöglich sei. Man wartet auf bessere Beschäftigung und läßt die Zeit unnütz verstreichen. Das ist falsch. Manche Ortsgruppen haben durch gründlich vorbereitete und nachhaltig durchgeführte Hausagitationen erwiesen, daß auch jetzt sehr ansehnliche Erfolge zu erzielen sind. Insbesondere muß dabei beachtet werden, daß das Heer der Ausgesteuerten als fruchtbares Agitationsfeld in Frage kommt.

Wir zählen nahezu 20 000 Mitglieder, die die volle Erwerbslosenunterstützung des Verbandes bezogen haben. In zahlreichen Orten ist noch wenig geschehen, um zu ermitteln, wie diese Ausgesteuerten weiter zum Verband stehen, ob sie wieder in Arbeit getreten sind und Beiträge zahlen. Die Fragebogen betr. ausgesteuerte, erwerbslose Mitglieder beweisen das. An einigen Stellen aber hat man geradezu verblüffende Erfolge festgestellt, nämlich überall dort, wo man auf diese Kollegen gebührend eingewirkt hat. So berichtet eine kleinere Verwaltungsstelle, daß man jetzt begonnen habe, die Ausgesteuerten aufzusuchen, wobei in 19 Fällen festgestellt wurde, daß dieselben wieder in Arbeit waren und daß dieselben sich bereit erklärten, wieder Beiträge zu zahlen. Daraus geht hervor: Die Ausgesteuerten müssen aufgesucht werden.

Die Kollegen gehören gesinnungsgemäß zu uns. Nicht nur das, sie haben auch durch die Tat bewiesen, daß sie den Willen zur Organisation haben. Das muß für alle Verwaltungen Ansporn sein, die gewerkschaftliche Verbindung mit diesen Kollegen stärker zu suchen, zu festigen und nach gut durchgearbeitetem Plane an die Ausgesteuerten heranzutreten. Auch die Jugendwerbung muß erneuert werden. Es sind hier große Erfolge zu erzielen. Wir sind überzeugt, daß eine ganze Anzahl junger Kollegen mittut, insbesondere diejenigen, die jetzt arbeitslos sind, wenn in der richtigen Weise an die Kollegen herangetreten wird.

Die kommende Zeit sei daher regster Werbetätigkeit gewidmet. In einiger Zeit wird der Verbandsvorstand durch Umfrage feststellen, was das Ergebnis dieser Werbearbeit ist. Bitte keine Verwaltungsstelle zurück.

Der „unproduktive“ Wohnungsbau

3u oft hört man jetzt, der Wohnungsbau sei unproduktiv und „binde Kapital“. Viele Kreise tun fast so, als würde das Geld selbst, ähnlich wie die Ziegelscheine oder der Mörtel, in den Bau hineingemauert, ohne ein Wiedersehen! Man muß diesen banalen Vergleich bringen, wenn man immer und immer wieder die wohlwollende Warnung, daß in den Wohnungsbauten gestecktes Geld Kapital binde und unproduktiv sei, hört. Wie ist es denn in Wirklichkeit? Wie vollzieht sich denn der Kreislauf des für Bauzwecke hingegebenen Geldes?

Wenn das Baugewerbe, die Bauarbeiter, das Transportgewerbe, die Baustoff-Fabriken, Baunebenberufe, Architekten und Handwerker, die Baugesellschaft reichliche Arbeit und angemessenes Einkommen haben, so merkt es der Landwirt draußen im Lande ebenso wie der Zertüftler am Berliner Hausvogteiplatz. Die Weberlein im Rheingebiet, in Sachsen, Schwaben und Schlesien und wo sie sonst noch liegen, die Schuhfabriken in Pirmasens oder in Erfurt, die Möbelfabriken ebenso wie die Kleinwaren- und Hausgerätfabriken, kurz und gut, fast alle Gewerbebezweige und Berufe werden an dem wieder auflebenden Betriebe wahrnehmen, daß sich in Deutschland irgendwo und irgendwelche Schicht konsumfähiger Bevölkerung langsam bildet, anwächst, sich ständig vergrößert, immer neue Arbeitskräfte und Betriebe in den Produktionsprojekten hineinzieht. Selbst die Banken, die sich ziemlich ablehnend gegen die Finanzierung des Wohnungsbaues, namentlich durch eine Auslandsanleihe, verhalten, werden in ihrem auflebenden Gewerbe nützliche Arbeit finden. Und statt daß die öffentlichen Kassen ihre Gelder für unbeschäftigte Erwerbslose und als Unterstüßungen für die aus Not und Kummer erkrankten, verarmten Menschen hinzugeben haben, werden sie bei einer flott angeforderten Bauartigkeit steigende Steuereinnahmen verzeichnen, und die aus dem Gleichgewicht gekommenen Budgets der Gemeinden und Länder dürften sich bald wieder balanzieren.

Die Auswirkungen einer großen Wohnungsneubautätigkeit gehen ungewollt weit über den gesteckten Rahmen, nämlich die Wohnungslosen mit gefunden Wohnungen zu versorgen, hinaus, indem sie zugleich eine gewaltige Arbeitsbeschaffung bedeuten. Wenn man beispielsweise annimmt, daß der Bau einer Wohnung von Durchschnittsgröße Beschäftigungsmöglichkeiten für etwa 10 Arbeitskräfte, schematisch auf das Jahr umgerechnet (in der Praxis geschieht der Neubau in kürzerer Zeit mit mehr Arbeitskräften), bietet, so stellen die in einem Jahr zu errichtenden, sagen wir, 200 000 Wohnungen eine Arbeitsbeschaffung von über 2 Millionen Arbeitskräften dar. Rechnet man die Größe einer normalen Arbeiterfamilie zu 5 Köpfen, so bietet demnach dieses Bauprogramm eine Brotverforgung für 10 Millionen Menschen.

Schon diese Andeutung mag zeigen, daß auch der Staat mit dem Wohnungsbau, wenn auch unbewußt und ungewollt, ein Geschäft in gutem Sinne macht. Denn schließlich bedeutet die Ar-

Lebensbeschaffung für eine Million Arbeitskräfte oder die Versorgung von 10 Millionen Menschen eine gewaltige Verminderung der unproduktiven Erwerbslosenfürsorge und nicht zuletzt ein größeres Steueraufkommen. Hinzu kommt noch das Steueraufkommen der Baustoffindustrie, der Bauunternehmen usw. Dabei ist die indirekte Konsumsteuer einbezogen der im Wohnungsbau Beschäftigten natürlich nicht einbezogen. Zu berücksichtigen ist ferner der schon erwähnte Ausfall der Ausgaben für Erwerbslosen- und andere Unterstützungen. Der Fehlbedarf an Wohnungen für ganz Deutschland wird bekanntlich, niedrig gerechnet, auf 700 000 geschätzt und der jährliche Neubedarf für den Zuwachs der Bevölkerung mindestens auf 150 000 Wohnungen. Mit Hilfe der uns zur Verfügung stehenden Bauarbeiter und Baustoffe können, wie es in der Begleitung zum Entwurf eines Gesetzes über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues hieß, im Jahre 1926 rund 200 000 Wohnungen hergestellt werden.

Da die deutsche Wirtschaft einen geschlossenen Körper bildet, so wird sich eine Belebung der Bautätigkeit in unserer Gesamtwirtschaft überall bemerkbar machen. Es ist natürlich ebenso wichtig, brauchbare Wege zur Förderung unseres Außenhandels zu suchen, nicht minder wichtig ist es, die Landwirtschaft gesunden zu lassen. Aber ein ebenso dringendes, nicht zu entbehrendes Mittel zur Gesundung unserer Wirtschaft ist die baldige Inangriffnahme der Bautätigkeit. Man muß also sowohl das eine tun, wie das andere nicht lassen.

Wenn man geneigt ist, andere Industriezweige für produktiver als den Wohnungsbau zu halten, so liegt das wohl nicht nur daran, daß man nicht immer sogleich alle Auswirkungen des Wohnungsbau auf Wirtschaft und Staat und auch nicht die letzten und feinsten Auswirkungen auf Volksgeundheit, Volkskraft und Staatsgesundheit nachsichtigt und offen liegen sieht, also die wirtschaftlichen, politischen und sittlichen Kräfte des Wohnungsbaues unterschätzt, während man die produktive Auswirkung anderer Arbeiten nicht selten überschätzt. Einem nachdenklichen Wirtschaftsführer drängen sich bei dem Thema, welche Gewerbezweige sind besonders produktiv, folgende Fragen auf: Ist es denn produktiver, wenn unter gewiß nicht besonders reiches Volk für Bier, Schokoladen, Zigaretten und wie all die schönen schmachtenden Dinge alle heißen, insgesamt mehr Geld ausgibt als für die Herstellung gesunder Wohnungen? Dabei soll gewiß nicht übersehen werden, daß die Genussmittel- und Luxusindustrie vielen Tausenden Arbeitnehmern und Arbeitgebern Einkommen und Arbeit gewährt.

Stammt unsere vorjährige passive Handelsbilanz neben der starken Einfuhr von Nahrungsmitteln nicht zum großen Teile aus der etwas reichlichen Einfuhr von Textilstoffen, von fertigen Kleidungsartikeln und entbehrlichen Luxuswaren aus dem Ausland? Das gesunde Wohnen hat gewiß den Vorrang vor verschwenderischer Kleidung oder vor Genussmittelverbrauch. Hat unsere Fertigungsindustrie (Textilwaren, Chemikalien, Nahrungs- und Genussmittel usw.) noch nicht die schlimmen Folgen des deutschen Exportes von „Fertigfabrikations-Maschinen“ am eigenen Leibe verspürt? Bildet doch jede aus Deutschland exportierte Maschine für die Fertigfabrikation einen neuen Konkurrenten auf dem Weltmarkt und die Ursache zu ständig sinkender Exportmöglichkeiten! Ist der Kohlen- und Erzbergbau volkswirtschaftlich auch dann produktiv, wenn die unter so viel Mühe und persönlichen Opfern aus dem Schoße der Erde geholten Rohstoffe, für eine etwa unnütze oder unproduktive Gütererzeugung verwendet werden?

Diese verhänglichen und zum Nachdenken zwingenden Fragen soll man gewiß nicht allzu tragisch nehmen, aber man soll andererseits auch denjenigen, die den Wohnungsbau für produktiv halten, Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Denn die Gründe, die dafür sprechen, sind mindestens ebenso beweiskräftig als diejenigen, welche für die produktive Auswirkung anderer Gewerbezweige sprechen.

Rundschau

200-250 Prozent Aufschlag angemessen

Vor kurzem wurde der Jahaber eines Ausflugslokals, der für ein Glas Milch den Preis von 60 J verlangt hatte, wegen Preistreiberi verurteilt. Der Einkaufspreis der Milch betrug 12 J, so daß der Gastwirt 400 Prozent verdiente. Seine Revision vor dem Kammergericht wurde zurückgewiesen. Aus dem Urteil ist bemerkenswert, daß das Gericht einen Aufschlag von 200 bis 250 Prozent für angemessen erachtete.

Wenn eine derartige ungeheure Spanne durch die Urteilspitze sanktioniert wird, braucht man sich über die Höhe der heutigen Preise nicht mehr zu wundern. Nur so war es auch möglich, daß ein Friseur, der für Haarschneiden 2 M, für Schampunieren und Färbungen (1) je 1,50 M nahm, von der Auflage des Leistungswahrs freigesprochen wurde, weil er in einem einschuldigen Irrtum seine Tat für erlaubt gehalten habe auf Grund eines Artikels einer Feuilleton, aus der man hätte entnehmen können, daß die von der Haarformierung freigesetzten Preise amtlich gebilligt worden seien. Wenn selbst die Rechtsprechung sich auf die Seite der Preistreiber stellt, kann man die Hoffnung, bald wieder zu normalen Preisen zu gelangen, wohl endgültig aufgeben.

Interessant ist auch, daß der erwähnte Gastwirt zu seiner Entschuldigung die außergewöhnlich hohe Miete anführte. Und in der Tat war der Pachtzins, den er zu zahlen hatte, drei bis viermal so hoch, wie vor dem Kriege. So trifft eines auf das andere. Der eine preßt aus dem anderen heraus, was er herauspressen kann. Die Kosten hat der konsumierende Bürger zu tragen. Und das alles nennt man „Wiederanbau der Wirtschaft“.

Es wird indes nicht nur mit Recht über die übermäßigen Preise von Industrie und Handel geklagt. Ein besonderes Kapitel, das leider zu wenig beachtet wird, sind die Gebühren der Rechtsanwältin und Notare. Der Geschäftsführer einer Firma, der vom Sitz der Firma weggezogen war, wollte seinen Geschäftsanteil von 5000 Papiermark (etwa 200 Goldmark) an die beiden anderen Geschäftspartner übertragen. Für die Unterzeichnungsbeglaubigung verlangte der Berliner Notar 14 Goldmark, wobei allerdings die Steuern miteinbezogen waren. Wie lange soll der unglückliche Zustand noch anhalten, daß die einfachsten Rechtsgeschäfte mit derartig hohen Kosten belastet sind?

Die Hungerpeitsche als Werbemittel

Am Schulnabend in Drammsberg werden von der Firma Hans Kose in Kainberg die Bettwägen ausgebaut.

Am 20. Mai haben dort seit längerer Zeit arbeitslose Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands zu arbeiten angefangen. Sofort am ersten Arbeitstage wurden dieselben von den Freigewerkschaften angefordert, in den „Freien Bauarbeiterverband“ übernommen. Die beiden christlich organisierten Arbeiter lehnten das ab, erklärten sich aber bereit, sofort zum christlichen Bauarbeiterverband überzutreten, um so der für das Bauwerk zu bildenden christlichen Organisation anzugehören. Die Freigewerkschaften erklärten jedoch: „Mit christlich organisierten Arbeitern wird hier nicht gearbeitet, entweder frei organisiert oder heraus aus dem Bereich!“

Am zweiten Arbeitstage wiederholte sich derselbe Vorgang, in dessen Verlauf die Freigewerkschaften die Arbeit niederlegten und so den Voller zwangen, die beiden Arbeiter zu entlassen.

Die beiden Arbeiter sind nunmehr neuerdings der Arbeitslosigkeit preisgegeben, weil sie sich nicht gegen ihre Überzeugung in eine sozialistische Gewerkschaft zwingen ließen.

Gegen die Freigewerkschaften ist Anzeige erstattet.

Schlechter Geschäftsgang der Industrie

Was ist Wahrheit?

Eine westdeutsche Genossenschaft schreibt laut „Genossenschaftliche Bauzeitschrift“, Nr. 6, 1926:

„In den hiesigen Tagesblättern erscheint eine Mitteilung, wonach auf einer Tagung der Regierungspräsident König von Arnberg ausführte, daß bei ihm aus dem Westfälischen Industriebezirk eine große Anzahl von Betrieben vorlägen auf Stilllegung der Betriebe wegen zu hoher Transportkosten und andererseits, daß die Betriebe nicht genügend beschäftigt seien.“

Zu diesen Ausführungen möge folgender Vorgang als Illustration dienen: Am 9. 4. 1926 erteilten wir zwei Schlossermeistern den Auftrag auf Anfertigung und Lieferung von circa 400 Ith. Metern Sitter-Einschliffung. Das hierfür erforderliche Eisen wurde von den beiden Meistern einer Eisengießhandelsfirma zur Lieferung übertragen. Der Auftrag von der Handelsfirma wurde dem Syndikat für Walzwerkzeugnisse überschrieben. Das Syndikat für Walzwerkzeugnisse teilte mit, daß es für die Ausführung solcher Aufträge eine Lieferzeit von mindestens vier bis acht Wochen benötige. Es lägen große Exportaufträge vor und hätten die beiden nur noch in Betrieb befindlichen Walzwerke zuerst diese Aufträge zu erledigen, ehe die Erledigung der Inlandsaufträge in Betracht komme.

Aus Vorstehendem ergibt sich, daß durch die Kartelle darauf hingearbeitet wird, auf der einen Seite die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu steigern und andererseits durch verringerte Produktion eine Preissteigerung der Materialien herbeizuführen.

Es ist unverständlich, daß unter den Augen der Regierung täglich neue Trustbildungen und Stilllegungen großer Werke erfolgen und zu gleicher Zeit in den Tageszeitungen Artikel veröffentlicht werden, in welchen über Maßnahmen berichtet wird, welche die Regierung zu ergreifen gedenkt, um gegen dieses Unwesen vorzugehen. Es scheint sich hier um eine Spiegelreue zu handeln.

handeln. Mögen die organisierten Arbeitnehmer und ihre Führer aus diesem kleinen Vorgange, welchem sich ähnliche noch eine ganze Menge befügen lassen, die rechte Lehre ziehen.“

Der DGB. gegen Infraktierung der höheren Lebensmittelzölle

Unser Deutscher Gewerkschaftsbund hat in Gemeinschaft mit den übrigen Gewerkschaftsrichtungen der Reichsregierung nachfolgende Eingabe zugestellt. Der Kampf um die Zölle lebt anscheinend erneut wieder mit aller Schärfe auf. In der Eingabe ist mit aller Deutlichkeit gesagt, weshalb eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung unbedingt vermieden werden muß.

An die Reichsregierung
 z. B. des Herrn Reichskanzlers, Mitglied des Reichstages.
 Berlin NW.

Nach dem Par. 6 des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 sind für die wichtigsten Lebensmittel ermäßigte Zollsätze bis zum 31. Juli d. J. vorgesehen. Nach Ablauf dieser Frist sollen gemäß dem Gesetz die welt höheren autonomen Zollsätze in Kraft treten, soweit nicht durch Handelsverträge geringere Sätze für einzelne Positionen vereinbart worden sind.

Der Par. 6 des Gesetzes hatte den Zweck, die volle Auswirkung der Zölle auf die Preisgestaltung nur allmählich und in einer wirtschaftlich günstigeren Zeit herbeizuführen.

Diese wirtschaftlich günstigere Lage ist aber angesichts der seit mehr als einem halben Jahre vorhandenen Wirtschaftskrise nicht gegeben. Die Zahl der erwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger hat sich seit der Zeit, wo das Zollgesetz beschlossen wurde, fast verdoppelt, die Zahl der Kurzarbeiter vervierfacht. Infolgedessen ist die Kaufkraft der bescheidenen Verbrauchermassen demassen geschwächt, daß die höheren Zölle eine für die ärmste Bevölkerung weitere Belastung darstellen würden, die in der Tat unerträglich wäre.

Es kommt hinzu, daß gerade in den Sommermonaten der Misserfolg nachläßt, daß ferner jener die Preise günstig beeinflussende Kontingent zollfreien Getreide bereits fast völlig aufgebraucht worden ist. Aus diesen beiden Tatsachen ergibt sich ohnehin die Gefahr einer preissteigernden Wir-

Vom amerikanischen Arbeiterbildungswesen

Von Edm. Kleinschmitt, zurzeit Chicago.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben sich erst während und kurz nach dem Weltkrieg den Bildungs- und Erziehungsproblemen zu widmen begonnen. Das heißt natürlich nicht, daß vorher kein gewerkschaftliches Erziehungsprogramm bestanden habe. Die Forderung nach freien öffentlichen Schulen, Schulzwang, überhaupt gleiche Bildungsmöglichkeiten für reich und arm, gehörte von jeher zum gewerkschaftlichen Kulturprogramm. Das Wort Lord Halbanes, wonach der Trennungsschritt zwischen den Klassen, der nach der Größe der geistigen Fähigkeiten gezogen wird, tiefer gehe als irgendein anderer, wird in der amerikanischen Gewerkschaftsliteratur immer wieder zitiert. Aber erst im Jahre 1919 wurde von der Spitzenorganisation, der „American Federation of Labor“

ein ständiger Erziehungsausschuss eingesetzt.

Damit beginnt eine energische positive Beeinflussung des öffentlichen Erziehungswesens und eine lebhaftere Förderung der Bildungsarbeit unter der eigenen erwachsenen Mitgliedschaft.

Die organisatorische Spitze der ganzen Arbeit ist der eben erwähnte ständige Erziehungsausschuss. Seine organisatorische Aufgabe ist, darauf hinzuwirken, daß an allen Orten, wo Ortsgruppen von Zentralverbänden bestehen, gemeinsame lokale Erziehungsausschüsse gebildet werden. Diese Ausschüsse sind die Hauptträger der praktischen Arbeit. Sie werden dabei auf Verlangen vom Spitzenausschuss beratend unterstützt und, das ist etwas für Deutschland Neues, erhalten die Hilfe eines juristisch unabhängigen Instituts, des „Arbeiter-Erziehungsbüros von Amerika“. Dieses Büro wurde 1921 nach einer Konferenz zwischen Gewerkschaftlern und Männern, die in der Erwachsenenbildung besonders unter Arbeitern große Erfahrungen hatten, begründet, und zwar mit der Aufgabe: Nachrichten über das Arbeiterbildungswesen zu sammeln und zu verbreiten, auf jede mögliche Art und Weise die jetzt von der organisierten Arbeiterchaft getragene Bildungsarbeit zu ergänzen und zu fördern, und die Schaffung weiterer Arbeiterbildungseinrichtungen in den Vereinigten Staaten anzuregen.

Dieses Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften geschah durch Bedienung der Gewerkschaftspressen mit Aufsätzen wissenschaftlichen und erzieherischen Inhalts, Herausgabe von Lehrbüchern, z. B. über Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, soziale und geschichtliche Entwicklung in Amerika und anderswo, Nationalökonomie für Arbeiter, ein Lehrbuch der gesetzlichen Vorschriften bei Arbeitsstreitigkeiten und Streiks usw. Die meisten Lehrbücher sind als Unterrichtsleitfäden bestimmt für Abendkurse, Sommerschulen usw., die in einzelnen Ortsgruppen von den Gewerkschaften veranstaltet werden. Vierteljährlich gibt das Büro eine Zeitschrift über Arbeitererziehung heraus. Ein monatlicher Zeitungsdienst wird der ganzen Arbeiterpresse zugestellt. Sogar schriftliche Unterrichtskurse finden statt. Der erste begann 1924 über Gewerkschaftswesen. Auf Verlangen stehen den einzelnen lokalen und bezirklichen Gewerkschaftsausschüssen Fachleute für die Einrichtung von Kursen, Colleges usw. vorübergehend zur Verfügung; natürlich müssen alle diese Dienste jeweils honoriert werden. Auf dem Generalkonvent der „American Federation of Labor“ 1924 wurde beschlossen, dem zur Zufriedenheit aller angegliederten Verbände gearbeitet haben, „Arbeiter-Erziehungsbüro“ einen jährlichen Zuschuß von einem halben Cent pro Mitglied und einem Dollar pro Ortsgruppe für alle in der „American Federation of Labor“ zusammengeschlossenen Mitgliederverbände zu zahlen (ergibt einen jährlichen Betrag von höchstens 40- bis 50 000 Dollar gegenüber einer Gesamtsumme von etwa 12 Millionen Dollar). So ist wohl das „Arbeiter-Erziehungsbüro“ der geistige Mittelpunkt der ganzen gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung geworden. (Im 1924 zum ersten Male herausgegebenes 200 Seiten starkes Jahrbuch unterrichtet ausgezeichnet über den Stand des gesamten Arbeiterbildungswesens in den Vereinigten Staaten.)

Neben diesem Hauptbüro gibt es noch einige ähnliche freie Unternehmungen, wie z. B. ein Labor research Department der Rand School, das als

Forschungsinstitut für Arbeiterfragen

ein Arbeiterjahrbuch, welches ganz vorzüglich ist, eine Gesamtübersicht über die Arbeiterpresse und ein alphabetisches Verzeichnis von

Männern, die mit Arbeiterfragen irgendwie in Berührung stehen, herausgab, außerdem als Auskunftsbüro für soziale Fragen dient (vergleichbar etwa dem Sozialen Museum in Frankfurt a. M.). Die Rand School selbst veranstaltet Unterrichtskurse für all die vielen praktisch bedeutungslosen sozialistischen und Kommunisten-Gruppen und -Grüppchen; sie hatte z. B. 1924 2000 Ferienkurse. Ihr Einfluß in manchen intellektuellen Gruppen der Studenten ist beträchtlich.

Wichtig ist das Brookwood workers College, gegründet ebenfalls erst 1921 durch Gewerkschaftler und Lehrer (in Kontonoh N. Y.). Es ist der Organisation und den Erziehungsabsichten nach ein Mittelglied zwischen unserer „Akademie der Arbeit“ in Frankfurt a. M. und z. B. der „Evangelisch-Sozialen Schule“ im Johannisstift Spandau. Es teilt mit dieser das System der kürzeren Kurse für Lehrer und Gewerkschaftsbeamte, verbunden mit Seminar und gemeinsamen Haushalt während der Kurszeiten, und mit der Akademie der Arbeit die Einrichtung eines zweijährigen, je acht Monate dauernden Lehrganges für Studierende, die mindestens zwei Jahre Gewerkschaftsmitglied sind und ebenso lange schon in der Industrie praktisch gearbeitet haben. Selbstverständlich wird während dieser Zeit ebenfalls zusammengewohnt als „praktische Uebung im sozialen Zusammenleben“. Das Jahr kostet mit Verpflegung den Studenten 200 Dollar. Manche gewerkschaftliche Zentralverbände haben jährlich ein oder zwei Stipendien ausgesetzt zu je 450 Dollar, so z. B. die Bauarbeiter (2), die Bekleidungsarbeiter, die Maschinisten, die Textilarbeiter usw.

Die Lehrgänge sind so gewährt, wie sie für einen künftigen berufsamtlichen Gewerkschaftler nötig sind; im ersten Jahr Englisch, Geschichte der Zivilisation, Psychologie, Sozialökonomie und Fragen des praktischen Gewerkschaftsprogramms. Im zweiten Jahr folgen Geschichte der Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsführung, Organisation, Strategie bei Lohnkämpfen und Streiks, Arbeitergesetzgebung und Anwendung, Statistik und Stellung zu Agrarfragen. Für besonders begabte Gewerkschaftsangehörige wird der zweijährige Kursus auch zu einem Jahr zusammengezogen. Das Brookwood Workers College ist das einzige Institut, das zeitlich so ausgedehnte Lehrgänge für Arbeiter und Gewerkschaftler veranstaltet und unter gleicher Beteiligung von Lehrkräften und Studenten verwaltet wird. Im allgemeinen staunt man doch, daß im reichen Amerika die Mittel doch eigentlich auch kärglich vorhanden sind für die Arbeiterbildung durch die Arbeiter und Gewerkschaften selbst. Das Brookwood Workers College schießt oft diesen oder jenen der Verwaltung auf die Reise, um bei lokalen und zentralen Gewerkschaftsinstanzen Mittel, Stipendien zu erlangen und für Besuch des Collages zu werben.

Außer den bisher behandelten Bildungseinrichtungen, die von Arbeitern und Gewerkschaften benutzt und fast ausschließlich auch finanziert werden, halten sich noch zwei weitere Büros, nämlich das „Labor Bureau“ und das „Speakers Service Bureau“, beide betonend, daß sie nur im Interesse der Arbeiter arbeiten, den Gewerkschaften zur Verfügung. Das erste besteht aus Nationalökonomie, Statistikern, Buchhaltungsjahresverständigen und Ingenieuren.

Ähnliche Aufgaben erfüllt das Speakers Service Bureau. Es arbeitet mit dem gewerkschaftlichen Zentralverband der Elektriker Amerikas zusammen und veranstaltet vor allem schriftliche Unterrichtskurse für Gewerkschaftsmitglieder in freier Redeführung, Nationalökonomie, Englisch, Geschichte und Industriefragen.

Eine Anmerkung zum Schluß: Außerordentlich wichtig und bedeutsam ist

die Beeinflussung des öffentlichen Schulwesens

durch die Gewerkschaften. Der Zentralausschuss hat z. B. seit 1919 sämtliche Lehr- und Lehrbücher der oberen Klassen der Volksschulen und Mittelschulen herausgegeben, ob die Sozialgeschichte des Landes genügend und richtig dargestellt ist. Eine umfangreiche Denkschrift wurde darauf den Schulbehörden und Lehrbuchverfassern überreicht mit dem Erfolge, daß sich diese jetzt vielfach an die Gewerkschaften wenden mit der Bitte um soziales Tatsachenmaterial und um Anregung.

lung. Auch die Getreidepreise pflegen um diese Jahreszeit merklich in die Höhe zu gehen.

Schon jetzt haben die Preiserhöhungen landwirtschaftlicher Produkte allgemein eingekehrt, während die Industriepreise ständig sinken; diese gegenläufige Bewegung ist bereits soweit gediehen, daß die Meßzahlen des Statistischen Reichsamts für die Großhandelspreise die Schließung der „Preisschere“ anzeigen.

Das Gesetz über Zollveränderungen galt übrigens nur als vorläufige Regelung, und viele Kreise des deutschen Volkes waren der Annahme, daß im Wege des Abschlusses von Handelsverträgen eine spürbare Herabsetzung der Lebensmittelpreise alsbald erfolgen werde. Das ist bisher nicht geschehen.

Alle diese Verhältnisse, in deren Vordergrund die Not der arbeitenden Volkes steht, veranlassen die unterzeichneten Spitzenverbände, an die Reichsregierung und den Reichstag das dringliche Ersuchen zu richten, die bis zum 31. Juli 1926 gesetzlich festgelegten Zollermäßigungen mindestens für weitere vier Monate in Gültigkeit zu lassen.

Was unter einem Betriebsrat, der sozialdemokratisch organisiert ist, möglich ist

Die in Berlin-Neukölln gelegene Fahrzeugfabrik von Gaubischat beschäftigt etwa 250 Arbeiter. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, besonders in der Abteilung „Karosserie“, lassen so sehr zu wünschen übrig, daß der Arbeiterwechsel wie in einem Taubenschlag vor sich geht. Eingearbeitete tüchtige Karosseriearbeiter wurden am Lohnstag mit 47 s Stundenlohn abgeworfen.

Diese schlechten Verdienste sind darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter nicht nur viel zu niedrig kalkuliert sind, sondern, daß auch noch Nebenarbeiten, die nicht mit einberechnet sind, unentgeltlich mit ausgeführt werden müssen.

Das unter diesen Umständen die Belegschaft verbittert ist, ist mehr als verständlich. Ohne sich pflichtgemäß mit der Belegschaft bezüglich verlangter Verbesserungen in Benehmen zu setzen, unterschrieb der Betriebsrat eine am 10. 6. 26 herausgegebene Bekanntmachung, laut welcher nicht nur Überarbeit, sondern auch Sonntagsarbeit unter Entlohnungsandrohung diktiert wird.

Bekanntmachung vom 10. 6. 26.

Wie der Belegschaft bereits bekannt sein dürfte, bin ich verpflichtet, verschiedene Aufträge unter allen Umständen termingemäß zu erledigen. Die Einhaltung der Termine ist nur dann möglich, wenn an den Werktagen entsprechend länger, und auch an den Sonntagen gearbeitet wird.

Leider haben die Versuche der einzelnen Meister, die verlängerte Arbeitszeit durch freiwillige Vereinbarung mit den ihnen unterstellten Arbeitern zu regeln, nicht den erhofften Erfolg gezeigt.

Aus diesem Grunde wird daher folgendes bestimmt: Die Arbeitszeit für den gesamten Karosseriebetrieb wird festgesetzt:

An den Werktagen von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags, an den Sonntagen von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags, und zwar beginnend mit sofortiger Wirkung am 10. Juli d. J.

Es wird gegebenenfalls nicht nötig sein, daß alle Arbeiter der Karosserieabteilung die angegebene Zeit hindurch arbeiten, sondern, daß die eine oder andere Abteilung mit der gewöhnlichen Arbeitszeit auskommt.

Es wird durch Aushang in jedem Falle bekanntgegeben werden, welche Abteilungen für die verlängerte Arbeitszeit in Frage kommen.

Arbeitern, denen die ausnahmsweise verlängerte Arbeitszeit nicht zusagt, stehen die Papiere zur Verfügung. Ferner wird darauf hingewiesen, daß unentschuldigtes Fernbleiben die fristlose Entlassung zur Folge hat. Es wird selbstverständlich von Seiten der Firma alles versucht, die Mehrereinstellung von Arbeitern nur dann durchzuführen, wenn diese tatsächlich dringend erforderlich ist.

Betriebsrat und Arbeiterrat: Für die Firma: Henig, Schumlin, Hirsch.

Diese Bekanntmachung zeigt so recht deutlich, wie angesichts der schlechten Wirtschaftslage mit den Arbeitern herumgesprungen wird.

Das ist aber eine saubere „Vertretung“ von Arbeiterinteressen.

Sozialpolitik

Wie gestaltet sich der wöchentliche Lohnabzug?

Unter Berücksichtigung eines steuerfreien Betrages von wöchentlich 24 M sind bei wöchentlicher Lohnzahlung folgende Steuern zu zahlen:

Table with 7 columns: Wochenslohn in Mark, Steuerabzug Markt, Steuerabzug Markt, Steuerabzug Markt, Steuerabzug Markt, Steuerabzug Markt, Steuerabzug Markt. Rows 26-75.

Bei Verheirateten mit fünf Kindern beginnt der Steuerabzug erst bei 79,30 M und beträgt 0,25 M. Der steuerfreie Betrag bei Verheirateten mit sechs Kindern geht bis 96 M pro Woche. Die Steuerbeträge werden auf einen durch 5 s teilbaren Betrag nach unten abgerundet und bis zu 20 s nicht erhoben.

Zur Wochenhilfe

Gewerbeamt Dr. Teich, Düsseldorf, machte in einem Vortrage darauf aufmerksam, daß er die letzten Reichsanstalten folgendes festgestellt habe:

Fast überall ist es üblich, daß das Wochengeld für die vier Wochen vor der Niederkunft erst mit der einmaligen Beihilfe von 25 M nach der Niederkunft ausgezahlt wird. Stellenweise zahlen sogar die Kassen das gesamte Geld, also auch für die nachfolgenden Wochen, auf einmal aus, um sich Arbeit zu sparen und die Sache möglichst einfach zu machen.

Durch das Auszahlen der Wochenhilfe in einer Summe ist der beabsichtigte Zweck der Gewährung von Wochenhilfe schon vor der Niederkunft erfüllt. Der Gesetzgeber hatte im Sinne, der werdenden Mutter vor der Geburt die so unbedingt notwendige Ruhe zu sichern und sie aus dem Berufsleben, in dem sie noch vielmals drin steht, herauszubringen.

Aufgabe aller Krankenkassenverbände ist es also, dafür zu sorgen, daß der werdenden Mutter gegen ärztliches Attest das Wochengeld schon vor der Niederkunft gewährt wird. Dabei kann sich allerdings ergeben, daß die Frist von vier Wochen überschritten wird, die werdende Mutter die letzten acht oder vierzehn Tage vor der Niederkunft nichts erhält.

Verbandsgebiet

Michael Pfrang †

Am Mittwoch, den 23. Juni verschied in Offenbach a. M. der Gründer und langjährige 1. Vorsitzende der Verwaltungsgesellschaft, Michael Pfrang. Am 3. Januar 1862 zu Michaelau in Bayern geboren, kam er später als Arbeiter in eine Offenbacher Firma, wo er sich auch ansässig machte.

Dem Verstorbenen wird die christliche Arbeiterschaft Offenbachs und besonders die Metallarbeiterschaft stets ein treues Andenken bewahren. Er möge ruhen in Frieden!

Wärfelsen. Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften Wärfelsen hatte am 8. Juni zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, in welcher der Vorsitzende des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollege Schümmer, Köln, Bericht erstattete über den 11. Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Bekanntmachung

Sonntag, den 4. Juli, ist der 28. Wochenbeitrag fällig.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Entdeckungsaera

Wenn wir vor die Frage gestellt werden, welche praktischen Resultate letzten Endes die ganze Entdeckungsaera und der Wechsel vom Mittelalter zur Neuzeit auf die Wirtschaftsentwicklung der Menschheit erzielt hat, so ist die Antwort auf diese Frage keineswegs so einfach zu geben, wie es scheinen mag; ja, die Resultate sind ebenso verschieden, wie der Standpunkt, von dem aus man das Gesamtbild zu betrachten gedenkt.

die Neubildung reagiert haben. Diese Frage ist meinen Beobachtungen nach wenig zusammenhängend erörtert, trotzdem ihre Auflösung geradezu zum Mutterbeispiel dafür wird, zu beobachten wie verschieden doch im Grunde die einzelnen Völker sind, wie wenig Planmäßigkeit und wirtschaftliches Denken bei dem einen, und wie angeboren geradezu die Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge bei anderen zu erkennen ist.

Wir haben oben gesagt, daß der koloniale Weltverkehr auf der Basis des transozeanischen Seeverkehrs ein führendes Moment in der Wirtschaft der andern Welt geworden sei. Das heißt also, daß das Schwergewicht der Wirtschaft sich nach den Küsten zog, und zwar nach denjenigen Küsten, die in Richtung der Importländer lagen.

Zunächst eine einleitende Bemerkung: Man kann koloniales Neuland von zwei Seiten aus betrachten — entweder man richtet sein Streben darauf, es wirtschaftlich zu erschließen, d. h. man siedelt einheimische Kolonisten in den fruchtbarsten Gegenden an, gründet Handelsniederlassungen und Handelskompanien, tritt mit den Landesinwohnern in Kaufbeziehungen, baut im gegebenen Falle Bergwerke und Eruben — kurz, geht daran, das Land wirtschaftlich zu erobern und zu einer Absatzquelle für die nationalen Gewerbe wie einer Rohstoffquelle für die nationale Industrie zu machen.

von Edelmetall, Erz- oder Kohlenlagern in unwirtlichen Gegenden (Polarstriche). Diese Fälle sind aber ganz außerordentlich selten und kommen für die im 15. Jahrhundert entdeckten Territorien kaum in Betracht. Diese Länder waren Kolonisationsländer bester Art, das hat die Entwicklung gelehrt. Aber nicht zu jener Zeit war der Wirtschaftsgewinn so stark entwickelt, daß er allen europäischen Westländern Gemeingut geworden wäre, und so sehen wir, daß gerade diejenigen Länder, von denen die Entdeckungen ausgingen, die Tragweite der wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht erfaßten und die wirtschaftliche Erschließung weit, sehr weit hinter dem Raubbau zurückstellten.

Zusammenschlüsse in der deutschen Großindustrie

In einer Reihe von Nrn. unseres Organs haben wir unseren Kollegen die großen Verschiebungen dargelegt, die sich auf dem Gebiete der Schwerindustrie zeigen. Seit dem stürmischen Vorwärtstreiben von Stinnes auf dem Wege zum gewaltigen Vertikaltrust, der den ganzen Produktionsweg vom dem Rohstoff bis zum Fertigprodukt und darüber hinaus bis zur Beherrschung von Zeitungen, Filmen, Kellern, Hotels umfaßt, gab es immer wieder Stimmen, die sich für den Horizontaltrust, d. h. die Zusammenfassung gleichartiger Produktionszweige einsetzen. Ihr Wortführer, der alte August Thyssen, hat einen solchen Trust bereits um 1905 als notwendig für die gesamte Rhein-Westf. Schwerindustrie geschildert, war aber damals gegenüber Kirdorf und Hugo Stinnes unterlegen. Der „Ate“ zog sich auf sein Gebiet zurück und verwandte alle Kräfte auf die Modernisierung seiner Werke und auf die Angliederung gleichartiger Betriebe. Um 1923 tauchte der Plan einer Vertrustung von Rhein Stahl, Phönix, Gutehoffnungshütte und A.E.G. auf, wahrscheinlich als Gegenbruch gegen die Stinnesche Rheinische-Siemens-Schudert-Union. Der Plan kam nicht über die Erwägungen hinaus.

Der Zusammenbruch des Stinneschen Vertikaltrustes und gleichzeitig einer ganzen Reihe anderer Vertikaltruste unter dem Druck der Stabilisierung ließ in der Schwerindustrie erneut den alten Thyssenschen Plan der horizontalen Zusammenfassung der schwerindustriellen Betriebe hochkommen, und nach 20 Jahren wurde aufgebaut, was Thyssen schon 1905 gefordert hatte.

Aber es war nur ein Teil der Werke, die sich 1925 entschlossen, eine Verbindung einzugehen, und zwar zunächst die „vier Großen“, Thyssen, Rhein Stahl, Phönix, Rheinische, an denen der Sturm der Stabilisierung gehörig gesauft hatte, während diejenigen Montanwerke, die besser abgeschnitten hatten, Hoesch, Gutehoffnung, Klöckner, dem neuen Unternehmen fernblieben, und Krupp aus traditionellen Gründen nicht mitmachen zu können glaubte.

Der Zweck des Zusammenschlusses sollte eine bessere Rationalisierung des Produktionsprozesses sein. Die Rationalisierung war trotz der fast restlosen Kartellierung von Kohle und Eisen nur ungenügend durchgeführt. Das betonte auch Generaldirektor Haslachner von Rhein Stahl: „Zu dem Entschluß, das Eigentum aufzuheben, ist man durch die Einsicht gekommen, daß die hier maßgebenden Fragen der Technik und die eventuell erforderlichen scharfen Einschränkungen bei der Form einer Interessens- oder Betriebsgemeinschaft nicht durchzuführen sind.“ Der Einzelbetrieb soll restlos in das Gesamtbild als Teilglied eingefügt werden. Das ist nur in einem Trust möglich, wo bloß von einer Stelle disponiert wird und dem Einzelbetrieb nur Teilarbeiten verbleiben. Es sollen also nicht mehr wie bisher alle Sorten und Artikel von einer Gesellschaft gemacht werden. Aus Kostensparnisgründen wird die Produktion aus- einandergezogen. Eine Walzenstraße soll jetzt nichts anderes als z. B. Formeisen, die andere nur Bleche, die dritte nur Stäbeisen usw. bewältigen, während früher bei steter Aenderung des Walzprogramms Leerlauf und höhere Unkosten entstanden. Ohne Zweifel wird bei einer solchen Arbeitsteilung die Selbstkostenverbilligung gefördert, ebenso wie an allgemeinen Verwaltungskosten gespart werden kann.

Die gänzlich veränderten Absatzverhältnisse nach dem Kriege ließen es dringend geboten erscheinen, das Produktionsprogramm wesentlich zu vereinfachen. Aus dieser Überlegung heraus ist dann der Zusammenschluß der Werke erfolgt. Die wirtschaftlichen Vorteile des Zusammenschlusses liegen einmal darin, daß in Zukunft die verschiedenen Walzprodukte an 1 bis 2 Stellen statt bisher an 7 bis 10 Stellen hergestellt werden können.

Ferner wird eine Aufteilung des In- und Auslandabsatzes vorgenommen werden, derartig, daß die an der großen Rhein-Wasserstraße liegenden Werke in der Hauptsache die Ausfuhr bewältigen werden. Den weiter östlich gelegenen Werken fällt dagegen in der Hauptsache die Versorgung des Inlandmarktes zu. Auf diese Weise wird eine rationalisierte Massenproduktion und zugleich eine sehr erhebliche Frachtersparnis erzielt, die neben der Rationalisierung wesentlich mit zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der neuen Gesellschaft beitragen wird.

Die Konzentration der Werke und der Produktion ermöglicht aber auch die Stilllegung von Betrieben und die Entlassung von Arbeitern und Angestellten. Das ist die traurige Kehre einer solchen Rationalisierung.

Die Vereinigten Stahlwerke sind mit einem Aktienkapital von 800 Millionen Mark und 125 Millionen Mark Genussscheinen

gegründet worden. Außerdem ist ein Reservefonds von 80 Millionen Mark gebildet worden. Damit stehen die Vereinigten Stahlwerke der Größe des Aktienkapitals nach an der Spitze der deutschen Aktiengesellschaften. Der Wert der zusammengefaßten Werksanlagen stellt sich auf 2 1/2 Milliarden Mark. Die Gesellschaft verfügt über einen ausgedehnten Kohlenbesitz, der auf 5 Milliarden Tonnen abbaufähiger Kohle geschätzt wird. Die augenblickliche Förderung der 151 Schachtanlagen beträgt 24 Millionen Tonnen, ihre Kapazität 37 Millionen Tonnen. Damit macht die Kohlenproduktion der Vereinigten Stahlwerke 21 Prozent der Ruhrförderung aus.

Die Kapazität der Hochofenanlagen beträgt 9 Millionen To. Roheisen. Es wird eine Tagesleistung des Ofens von 800 Tonnen im Jahresdurchschnitt erreicht. Der bei weitem größte Teil des Roheisens wird in eigenen Stahl- und Walzwerksanlagen weiter verarbeitet. Die Leistungsfähigkeit dieser Anlagen beläuft sich auf 7 Millionen Tonnen Stahl jährlich.

Diese wenigen großen Zahlen geben natürlich nur Umrisse. Darüber hinaus wird, so betonte Wöglar der Leiter des Trustes, eine Fülle von materiellen und ideellen Werten aus den Konzernwerken, die alle auf mehr als ein halbes Jahrhundert eigener Geschichte zurückblicken können, übernommen. Um nur ein Beispiel anzuführen: Die Vereinigten Stahlwerke besitzen 25 000 Werkwohnungen und Werkwohnhäuser. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf den Gruben, Stahl- und Walzwerken, den Konstruktionswerkstätten, Maschinenfabriken usw. beläuft sich auf 180 000, zu denen noch 17 000 Angestellte hinzukommen. Unter Berücksichtigung der Wohnheime können dem weitaus größten Teil der Arbeiter- und Angestelltenchaft Werkwohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Den Vereinigten Stahlwerken gehören folgende Werke an: Hütte Ruhrort-Weiderich (Rhein Stahl und Phönix); August-Thyssen-Hütte Hamborn und Dinslaken; Friedrich-Wilhelms-Hütte Mülheim-Ruhr; Bochumer Verein; Dortmunder Union-Hörderverein; Hochofen Dortmundfeld; Hüttenbetrieb Weiderich; Hütte Vulkan, Duisburg; Stahl- und Walzwerke Thyssen, Mülheim (Ruhr); Werk Wanne, Duisburg; Schalker Verein, Gelsenkirchen; Stahlwerke van der Zypen, Köln-Deutz; Wismar Eisenhütten, Wismar; Hochofen Berge-Forst; Stahl- und Walzwerke, Werk Brandenburg; Westfälische Union Nachrodt; Röhrenwerke Düsseldorf, Düsseldorf; Röhrenwerke Hilden, Hilden; Röhrenwerke Venrath, Venrath; Fittingwerke Immigrath, Immigrath; Wilhelm-Heinrichs-Werk, Düsseldorf; Dortmunder Union, Kettenfabrik Karl Schlieper, Dortmund; Thomasschlackenmühlen, Dortmund; Weiß- und Feinblechwerke Hüsten, Hüsten i. W.; Röhrenwerke Wiede, Wiede (Ruhr); Meggerer Walzwerk, Megger (Lenne); Gebrüder Knipping, Alena i. W.; Wurag, Hohenlimburg; Westfälische Union, Hamm; Westfälische Union, Lippstadt; Westfälische Union, Belede; Nordseewerke, Emden; Steinfabrik Birges, Birges (Westerwald).

Bergbaubetriebe: In den Ver. Stahlwerken, Abt. Bergbau, sind bekanntlich die Zechen von der G.B.A.G., Deutsch-Lux, Bochumer Verein, Phönix und Thyssen vereinigt, nicht dagegen die Bergwerke von Rhein Stahl und nicht die Gelsenkirchener Berg gehörende Zeche Monopol. Sämtliche Zechen der Ver. Stahlwerke sind in vier Gruppen eingeteilt: die erste Gruppe Dortmund-Hamm umfaßt die Zechen Stein-Harbenberg 2, Zollern 2, Erin 1, Hansa 1, Westhausen 1, Tremonia 1, Hansemann 1 und Höder Kohlenwerke 1, insgesamt 12 Schächte. Die Gruppe 2 Bochum umfaßt: Carolinenglück 1, Enaesburg 1, Prinzegeant, Dammbaum 1, Friedrich Nachbar 1, Bruchstraße 1, zusammen 6 Schächte. Die Gruppe 3 Gelsenkirchen umfaßt: Holland 1, Pluto 2, Rhein-Elbe-Alma 2, Bonifatius 1, Zollverein 4, Graf Moltke 1, Nordstern 1, zusammen 12 Schächte. Die Gruppe 4 Hamborn umfaßt Thyssen 1-4, Lohberg 1, Weckerwerth 1, Rönseberg 1, Westende 1, Rhein 1, zusammen 9 Schächte. Die Zentrale der Ver. Stahlwerke Abt. Bergbau, kommt nach Essen als Sitz der wichtigsten Syndikate.

Auf untenstehender Tabelle haben wir die Beteiligungen des Stahltrustes an den Produkten an Hand der letzten Ziffern zusammengestellt, die die „Kölnische Volkszeitung“ vom 17. Juni veröffentlichte.

Diese Tabelle beweist die Machtfülle, mit der der Stahltrust ausgestattet ist. Die Schlüsselprodukte der Industrie sind Monopole in der Hand einiger weniger Kräfte. Da ist es nicht zu verwundern, wenn aus diesen Kreisen immer erneut der Ruf nach Wirtschaftsdiktatur ertönt, und wenn man sich stärker als je zuvor bemüht, die gelben Werkvereine aufzurichten. Alles das müßte den Arbeitern den Gedanken des lebendigen Zusammenhanges mit der gewerkschaftlichen Organisation noch viel näher bringen. Gegenüber diesen Industriekolossen erreicht eben nur eine geschlossene Macht noch etwas.

Ueber die Aussichten der Schwerindustrie selbst urteilt der Leiter des Trustes, Wöglar, optimistisch. Er äußerte sich lt. „Mülheimer Zeitung“, 18. Mai:

Die Zukunftsaussichten der Eisen- und Stahlindustrie muß man im allgemeinen als günstig ansehen. Überall bringt die Technik weiter vor und stellt neue Aufgaben. Wenn man den Verbrauch von Eisen und Stahl in Amerika mit dem in Europa vergleicht, dann muß man für die weitere Entwicklung sehr optimistisch sein.

Wir als Metallarbeiter haben sicher nichts dagegen, wenn unsere Industrie nach langen Krisenjahren wieder günstiger steht. Es liegt aber an der Metallarbeiterschaft selbst, ob und wie sie diese günstiger werdende Lage der Industrie auch für sich selbst günstiger auswirken läßt.

Der oberschlesische Montantrust gegründet

Ähnlich den Vorgängen im Ruhrgebiet ist auch in Oberschlesien ein Montantrust gegründet worden. Es sind dieses die Werke: Eisenbahnerbedarf AG., Donnersmarkt-Hütte, Oberschlesische Eisenindustrie AG. Er trägt den Namen „Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke AG.“ Der Sitz ist Gleiwitz in Oberschlesien. Oberbedarf und Donnersmarkt-Hütte bleiben als Holdingsgesellschaften zur Verwaltung der Trustaktien selbständig. Sie erhalten je 25 Prozent des Aktienkapitals von 30 Millionen Mark. Ober-eisen geht in dem Linke-Hoffmann-Lauchhammer-Konzern auf, der 50 Proz. des Aktienkapitals übernimmt.

Ermöglicht ist der Zusammenschluß durch eine Subvention des Reiches und Preussens. Diese übernehmen mit 36 Millionen die Forderung der Seehandlung an die Konzernwerke und wandeln diese kurzfristige Schuld langfristig um. 10 Millionen der Schuld werden von Großbanken übernommen. Die Subvention besteht darin, daß die Darlehen während der ersten 5 Jahre zinsfrei bleiben; im zweiten Jahresfünft werden 1 1/2 Proz., für weitere 10 Jahre 2 Proz. und die letzten 15 Jahre 4 Proz. Zinsen gezahlt. Die Subvention steht fest. Es laufen eine Anzahl Fäden vom Ruhrmontantrust zum Oberschlesischen Montantrust. Das beide aneinander interessiert sind, liegt auf der Hand, so daß die Möglichkeit einer gewissen Verbindung in Betracht gezogen werden dürfte. (Siehe Nr. 26 Verbandsorgan „Der Machtkampf in der Eisenerindustrie“.)

Die Gliederung der Reichsbetriebe

Während man früher nur Bahn und Post als Reichsbetrieb kannte, sind während des Krieges und in der Nachkriegszeit eine Reihe industrieller Unternehmungen als Reichsbetriebe hinzugekommen. Es handelt sich hierbei durchweg um Betriebe, deren Gründung während des Krieges eine Notwendigkeit war und die nach Krieges Ende erheblich umgestaltet, weiter im Reichsbesitz verblieben sind. Alle diese industriellen Unternehmungen des Reichs sind in der Dachgesellschaft „Vereinigte Industrieunternehmungen AG.“ oder abgekürzt „V i a g“ zusammengefaßt, deren Geschäftsbericht kürzlich durch die Presse bekanntgegeben wurde.

Die in der Öffentlichkeit bekannteste Unternehmung des Reichs sind die „Deutschen Werke“. Sie zerfallen heute in eine Reihe selbständiger Betriebe. Von ihnen betreiben die Deutsche Spinnereimaschinenbau AG. in Ingolstadt die Herstellung von Textilmaschinen, die in Deutschland vor dem Kriege nur im Elßa gebaut wurden, die Deutsche Präzisionswerkzeug-AG. in Amberg die Produktion hochwertiger Meß- und Präzisionswerkzeuge, die Deutschen Kraftfahrzeugwerke in Havelbors die Fabrikation des bekannten D-Motors. Die Deutschen Stahl- und Walzwerke AG. in Siegburg mußten wegen ungünstiger Lage des Eisenmarktes zeitweise stillgelegt werden. Die Deutschen Industriewerke in Spandau fertigen Werkzeug- und landwirtschaftliche Maschinen, Gusstücke verschiedenster Art, Karosserien usw. Die Deutschen Werke in Kiel besitzen die großen ehemaligen Reichswerke in Kiel und Friedrichsort.

Auf dem Gebiete der Elektroindustrie besitzt das Reich die Elektrowerke AG., die mit ihren drei Großkraftwerken Zichornewitz, Lauta und Trattendorf das führende Unternehmen der mitteldeutschen Energiewirtschaft darstellen. Die Großstädte Berlin, Leipzig und Magdeburg werden zum großen Teil durch dieses Unternehmen mit Strom versorgt. Die Erzeugung stieg von 1295 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1923 auf 1577 im Jahre 1925. Nicht in vollem Umfange, aber doch zu einem großen Teil im Reichsbesitz befinden sich ferner das neu erbaute Ostpreußen-Werk in Königsberg, das über 1200 Güter der ostpreussischen Landwirtschaft mit Strom versorgt und die Württembergische Landeselektrizitäts-AG., die in Verbindung mit den Bayerischen Wasserkraftwerken der Industrie Süddeutschlands den Strom zuführt.

Eine weitergehende Beteiligung besitzt das Reich ferner an der Aluminiumzeugung Deutschlands. Man kann wohl sagen, daß das Reich auf diesem Gebiete eine Art Monopolstellung einnimmt. Hier sind es die Vereinigten Aluminiumwerke mit dem Erstwerke und das Innwerk, Bayerische Aluminium-AG., letzteres mit der größten Wasserkraftanlage Europas, die den Aluminiummarkt beherrschen.

Als weiterer Komplex sind die Stickstoffwerke des Reichs zu nennen, und zwar die Mitteldeutschen Stickstoffwerke in Piesdorf mit einer Kalkstickstoff- und Karbidfabrik und die Bayerischen Kraftwerke. Beide Werke lieferten 1925 60 000 Tonnen Stickstoff und deckten damit ein Fünftel des Jahresverbrauchs an Stickstoff der deutschen Landwirtschaft. Als Nebenbetrieb sind noch die Alzwerke zu nennen.

Syndikatsbeteiligungen

Schwerindustrie ohne die Quote der Stumm-Werke.

